Jahrgang. Nr. 23. Einzelnummer 50 Pf.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2.20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e.G.m.b.H., Breslau. Postscheckkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8847.

Freitag, 27. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.80 Mk., auswärts 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile [illegible] oder deren Raum im [illegible]

In letzter Stunde!

Das Steuerkompromiß mit Hilfe der SPD. fertig. — Wehrt Euch gegen den Steuerraub!

Wir haben nicht ohne Grund immer wieder und wieder [die] Arbeiterschaft davor gewarnt, sich bei der Erfassung der [Sach]werte zufrieden zu geben mit der bloßen papierenen [F]ormulierung der 10 Punkte durch den ADGB. Wir haben getreulich den allmählichen Rückschritt der SPD. in Sachen der Erfassung der Goldwerte registriert. Wir haben aufgezeigt, wie zunächst die 10 Punkte als Beruhigungspulver für die unzufriedene Arbeiterschaft benutzt und dann Schritt für Schritt in den unzähligen Kommissionen und Fraktionssitzungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien abgebaut wurden. Es wurde so geschickt geschoben, vertuscht und gelogen, daß ein Arbeiter, der nicht bereits vertraut ist mit den echt demokratischen Parlamentsschiebungen, wirklich sich zuletzt garnicht mehr auskennen konnte in dem Stand der ganzen Angelegenheit.

Aber endlich mußten auch die gewiegtesten berufsmäßigen Sozialkompromißler Farbe bekennen. Aus dem geheimnisvollen Dunkel der Parlaments- und Parteiverhandlungen hinter den Kulissen hebt sich nun endlich der Kern, das Ergebnis des Kuhhandels deutlich ab.

Die Sachwerterfassung ist endgültig und ganz eindeutig von den Rechtssozialisten fallen gelassen worden. Wieder einmal ist die SPD.-Arbeiterschaft von den Parteiinstanzen mit Hilfe der ADGB.-Forderungen an der Nase herumgeführt worden.

Und selbst **die Zwangsanleihe,** die von der SPD.-Führerschaft zur Rechtfertigung ihres schamlosen Umfalles gefordert wurde nach Aufgabe der Sachwerterfassung scheint, wenn man den bürgerlichen Blättern, die von einem „aussichtsreichen Kompromißvorschlag" sprechen, von heute glauben soll, **bereits ebenfalls zum alten Eisen geworfen** zu sein.

Nur noch die **Kredithilfe** soll „**gesetzlich fixiert**" werden, und zwar in der Form, wie sie seiner Zeit von der Großindustrie bedingungsweise in Aussicht gestellt wurde.

Damit ist die Gefahr der Stinnesierung der Eisenbahnen, der Post, der völligen Ueberlieferung des staatlichen Verwaltungsapparates an das Großkapital wieder in aller nächste Nähe gerückt.

Die Arbeiterschaft kann sich ein Bild von dem, was im Gange ist, machen, wenn sie liest, wie die demokratische „Breslauer Zeitung" über den Kompromißvorschlag folgende Scharfmachertöne erschallen läßt:

Die Demokraten insbesondere verlangen von ihm, daß er sich bereit erklärt, die Staatsautorität gegenüber allen wirtschaftlichen Organisationen zu festigen und die Einmischung von dieser Seite in die Regierungsgeschäfte fernzuhalten. Sie wünschen ferner, **daß besagte Staatsautorität nicht länger durch Streiks von Beamten und Arbeitern in lebenswichtigen Betrieben untergraben wird, und daß endlich mit eisernem Besen aus den großen Staatsunternehmungen alle überzähligen und überflüssigen Kräfte herausgefegt werden.**

Streikverbot für die aufs Aeußerste verelendeten Beamten und Arbeiter! „Eiserner Besen", der die „überzähligen und überflüssigen Kräfte herausfegt"! Parole: Wer sich nicht fügt, der fliegt! Um Stinnes nach Uebernahme der Eisenbahn und anderer Reichsbetriebe die Profite zu sichern, wird **das** Streikrecht aufgehoben, werden die „Hetzer", und „Roten" zu Tausenden auf das Straßenpflaster geworfen werden, wo sie mit ihrer Familie vor Hunger krepieren mögen!

Wollen denn die Arbeiter den Weg des Elends immer noch nicht erkennen? Sehen sie denn immer noch nicht deutlich genug **wie der Weg** der SPD. ganz konsequent immer tiefer in die Stinnesdiktatur führt?

Das Gesamtproletariat ist in Gefahr, wenn jetzt, in letzter Stunde nicht klar genug erkannt wird, daß es keinen Mittelweg sondern nur ein Entweder — Oder gibt.

Entweder Fallenlassen der Sachwerterfassung „Kredithilfe" des Großkapitals, Stinnesierung, „eiserner Besen" der Reaktion, Entlassungen, Arbeitslosigkeit, grenzenloses Elend!

Oder gradliniger Kampf des gesamten Proletariats unter der Parole: „Alle Lasten auf die Besitzenden". Dieser Schlachtruf muß unbedingt zum Erfolg für die arbeitende Bevölkerung führen, **wenn nur die Arbeiter geschlossen die SPD. und den ADGB. zur sofortigen Aufgabe aller Kompromisse und zum restlosen Einstehen für die von der Sozialdemokratie früher selbst anerkannten Forderungen zwingen.**

Wenn anders kein Fortschritt zu erreichen ist: **Auflösung des Reichstags** und **Neuwahlen unter dem Stichwort:**

Nicht Kredithilfe und Stinnesierung, sondern Arbeiterregierung und Sachwerterfassung.

Die neue Welle der Massenarbeitslosigkeit.

Als im November die Arbeitslosigkeit durch die neue Ausverkaufskonjunktur der deutschen Industrie auf ein Mindestmaß zurückgegangen war, holten die Unternehmerorganisationen zu einem Stoß gegen die verhaßte Erwerbslosenfürsorge aus.

Unter Führung des Hansabundes petitionierten eine ganze Anzahl Handelskammern beim Reichstag auf Aufhebung der Demobilmachungsverordnungen, die die Arbeitsvermittlung und die Erwerbslosenfürsorge betrafen. Die Scheinblüte der Ausverkaufskonjunktur welkte jedoch so schnell dahin, daß die Parlamentsmühlen mit ihrem langsamen Klappern erst zur Verarbeitung des Petitionsrummels des Hansabundes kamen, als sich eine starke Vermehrung der Arbeitslosigkeit bereits wieder anzeigte.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages wurde infolge der veränderten Situation denn auch der Vorschlag gemacht, über die Petitionen einfach zur Tagesordnung überzugehen. Der bürgerlichen Reaktion gefiel das nicht. Sie vertrat eifrig den Standpunkt, daß die Eingaben der Regierung wenigstens als Material überwiesen werden müßten, damit sie daraus ersehen könne, wie schwer Handel und Industrie unter der Hemmung ihrer Bewegungsfreiheit durch diese Verordnungen leiden.

Genosse Koenen benutzte die Gelegenheit, die Regierung zu fragen, **was** sie angesichts der **sich** neu ankündigenden **Massenarbeitslosigkeit tun wolle. Die Arbeitslosigkeit sei von 58 000 im November auf 75 000 im Januar allein für Berlin angestiegen. Dabei mache sich als besonders krasser Mißstand eine Häufung der Fälle überlanger Arbeitslosigkeit einzelner Erwerbsloser bemerkbar. Dadurch, daß z. B. die Metallindustriellen 5% ihrer freien Stellen ohne Berücksichtigung des Arbeitsnachweises besetzen können, komme es immer häufiger zu einem direkten Wechsel der Arbeitsstelle unter bisher Arbeitenden, während die Arbeitslosen in immer stärkerem Maße übergangen würden. Inzwischen sei durch Regierungsmaßnahmen der Anlaß zu einer weiteren Verelendung** der langfristig **Arbeitslosen** gegeben **worden. Mit größter Rücksichtslosigkeit würde Arbeitslosen, die länger als 26 Wochen Unterstützung bezogen haben,** erklärt, daß aus irgendeinem ihre persönlich **betreffenden** Grunde für sie überhaupt keine Arbeit zu **beschaffen sei,** woraus dann **lakonisch der unerhörte** Schluß **gezogen wird, daß der** Betreffende **kein Anrecht auf** Erwerbslosenunterstützung **mehr** habe. **Nach so langer Arbeitslosigkeit würden in immer** stärkerem **Maße brauchbare Arbeitskräfte der** Armenunterstützung und damit dem offenen **Elend überliefert. Die Regierung müsse jetzt, wo dieser Zustand durch eine neue Welle der Massenarbeitslosigkeit sich auf das ärgste zu verschlimmern drohe, unbedingt auf Grund der entgegen den Wünschen des Hansabundes weiter bestehenden Demobilmachungsverordnungen** eingreifen.

Mit Staunen mußte man aber hören, daß die Regierung von den sich zuspitzenden Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt nichts wissen will. Der Regierungsrat Lehfeldt, der das Arbeitsministerium vertrat, erklärte, daß das Ansteigen der Arbeitslosenziffer im Dezember nur ganz minimal gewesen sei. Ziffern für Januar seien ihm noch nicht bekannt. Jedoch würde sich ein weiteres Anschwellen in diesen Wochen wohl genügend durch den starken Frost erklären lassen. — Daß gerade in einer solchen Zeit der grimmigen Kälte die Not der langfristig Erwerbslosen am fühlbarsten ist, hielt den Regierungsvertreter nicht davon ab, auch noch zu erklären, daß die Einstellung der weiteren Zahlung an die Erwerbslosen nach 26 wöchiger Unterstützung auf eine generelle Anweisung des Arbeitsministeriums zurückzuführen sei. Es handele sich aber dabei durchweg nur um Jugendliche oder ledige Personen.

Genosse Koenen antwortete dem Regierungsvertreter mit der Feststellung, daß auch einer ganzen Anzahl leicht Kriegsbeschädigter verheirateter Erwerbsloser und sogar solchen, die mehrere Kinder haben, die Unterstützung nach der 26wöchigen Frist entzogen wurde. Er forderte die sofortige Rücknahme der verhängnisvollen Anweisung des Arbeitsministeriums. Es nütze auch nichts, daß die Regierung sich gegenüber der furchtbaren Tatsache der neu anschwellenden Arbeitslosigkeit in Unwissenheit zu hüllen versuche. Vertreter des Groß-Berliner Erwerbslosenrates hätten die Mitteilung gemacht, daß die Arbeitslosenziffer für Berlin bereits wieder 75 000 erreicht habe und noch im Steigen begriffen sei. Demgegenüber dürfe man der

Wichtige englische Verhandlungen mit Sowjet-Rußland.

Aus London wird gemeldet: Der „Manchester Guardian" teilt mit: Das Haupt der russischen Handelsdelegation in London hatte eine Besprechung mit drei führenden englischen Industriellen. Wenn die betreffenden Verhandlungen erfolgreich verlaufen, werden sie zur Lösung des englischen Arbeitslosenproblems durch Warenlieferung nach Rußland erheblich beitragen. Nähere Angaben können in der Oeffentlichkeit noch nicht gemacht werden.

Aus dieser Mitteilung des „Manchester Guardian" ergibt sich, daß die einzelnen englischen Firmen Genua und das internationale Konsortium garnicht abwarten, sondern direkte Verbindungen mit Sowjet-Rußland suchen. Die Deutschen aber werden vor lauter Bedenken wahrscheinlich zu spät kommen.

Die Eigenberichte der sozialdemokratischen Presse über den Eisenbahnerstreik.

Was das „Arbeiterblatt", die „Freiheit", berichtet

Die Mittwoch-Morgenausgabe der „Freiheit" bringt als einzige Meldung über den Eisenbahnerstreik folgendes:

Vor dem Ende des sächsischen Eisenbahnerstreiks.

Nach den vorliegenden Meldungen scheint der Streik in Dresden beendet zu sein. Das Personal hat sich im Laufe des Dienstags auf den einzelnen Dienststellen zur Fortführung des Dienstes gemeldet. Im Personenverkehr macht sich der Streik nicht mehr bemerkbar. Dagegen weist der Güterverkehr noch erhebliche Stockungen auf. Zu den in Zwickau in den Streik getretenen Werkstättenarbeitern gesellten sich noch die der Leipziger Werkstätten. Im übrigen wird auf allen Dienststellen Sachsens gearbeitet.

Was der „Vorwärts" schreibt.

Die Lage war am Dienstag folgende: In Dresden-Neustadt werden die Personen- und Güterbahnhöfe vollständig in Betrieb gehalten, ebenso der Bahnhof Weltiner Straße. Auf dem Hauptbahnhof Dresden hat sich die Schicht fast restlos zum Dienst gemeldet. Da inzwischen dem Personal des Hauptbahnhofes die Absicht der wilden Streikleitung bekannt wurde, den Streik möglichst sofort zu beenden, hat eine starke Friedensstimmung Platz gegriffen.

— Und was der „Lokal-Anzeiger" meldet.

Dieses bürgerliche Blatt schreibt:

Zur Streiklage in Sachsen.

Drahtbericht unseres Korrespondenten.

Dresden, 24. Januar. Die hiesige Presse äußert sich außerordentlich scharf über die gestrige Behauptung der Berliner Eisenbahndirektion, der Streik in Dresden wäre so gut wie beendigt und fast alle Ausständigen hätten sich wieder zur Arbeit eingefunden; auch wickle sich der Verkehr [illegible] ab. Die Dinge liegen wesentlich anders. Selbst heute (Dienstag) nachmittag wird nur ein [illegible] aufrechterhalten und es sind immer noch Tausende im Ausstand. Die Post teilt mit, daß sie infolge der [illegible] des Ausstandes keine Pakete und Wertsendungen annehmen könne.

Eisenbahner, Arbeiter und Beamte! Das berichten bürgerliche Organe! Was sagt Ihr nun zu der [illegible] des Kampfes dieser „[illegible]"-Blätter, dem „Vorwärts" und der „Freiheit", die durch derartige [illegible] den schwer kämpfenden Eisenbahnern in den Rücken fallen?

Deine Sparkasse als Mitglied der KPD. ist die Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesien, Breslau, Nikolaistraße 49/50, I. Unterstütze dein ureigenes Werk und zeichne sofort deinen Anteil. Das Büro ist täglich bis 7 Uhr geöffnet.

Stadtbibl. 28.1.22

Regierung keine Ausrede und kein Ausweichen gestatten. Jetzt sofort müsse helfend eingegriffen werden, wenn man Verzweiflungsausbrüchen vorbeugen wolle. Sich späterhin, wenn man nicht vorbeugend eingegriffen hat, über Arbeitslosenexzesse, Plünderungen und dergleichen zu beschweren, sei zwar immer sehr billig, aber doch nur eine widerliche Heuchelei.

Gegenüber Verstößen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die zwar auch für das Frühjahr die Möglichkeit stark vermehrter Arbeitslosigkeit zugaben, aber behaupteten, daß nur die Befreiung der Industrie von allen Verordnungsfesseln vorbeugen könnte, brachten unabhängige und sozialdemokratische Redner nunmehr auch einige durchschlagende Tatsachen vor. So wurde festgestellt, daß in der Schuhindustrie, die bis vor kurzem noch in rasendem Ausbeutungstempo mit Ueberstunden und Prämien arbeitete, jetzt trotzdem noch Aufträge bis März vorliegen, auf Beschluß des Unternehmerverbandes Betriebseinschränkungen erfolgen. Damit wird auch in anderen Teilen Deutschlands, außerhalb Berlins, die Arbeitslosigkeit zunehmen. In der gleichen Weise beginnt der Rohstoffmangel in der Textilindustrie bereits erschreckende Wirkungen zu zeigen.

Im Laufe der weiteren heftigen Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Abgeordneten betonte der kommunistische Redner, daß die **Aufhebung der letzten die Erwerbslosenfrage regelnden Verordnungen tausende ins krasseste Elend hinabstoßen würde.** Erst werde in der anarchisch kapitalistischen Wirtschaft durch Ueberarbeit die Arbeiterschaft ausgeschunden und ausgequetscht und hinterher werfe man sie in Massen auf die Straße und lasse sie verkommen.

Trotz heftigster Einwendungen der schwach vertretenen Bürgerlichen wurde der Vorstoß des Hansabundes **mit einer Stimme Mehrheit** durch einen Beschluß auf Uebergang zur Tagesordnung **zurückgewiesen**.

Das Arbeitsministerium wird aber trotzdem, nach dem Verhalten seines Vertreters zu schließen, sehr bald schwach machen. Die nächsten **Gewerkschafts- und Betriebsräteversammlungen** müssen deshalb allerorts durch die kommunistischen Fraktionen sofort veranlaßt werden, energische Forderungen zum Schutze der sich erneut vermehrenden Arbeitslosen zu stellen.

Politische Uebersicht.

Poincaré und die Japaner.

Dem gut unterrichteten „Corriere della Sera" wird aus Washington berichtet, daß Frankreich dort eine entschieden japanfreundliche Haltung einnimmt. Die japanischen Forderungen inbezug auf China werden also von der französischen Delegation gedeckt. Dies bedeutet, daß die Periode des gegenseitigen Versteckspiels zwischen Frankreich und den Angelsachsen aufgehört hat. Man hatte sich erst gedacht, daß die englischen Delegierten in Washington mit den Engländern und Amerikanern durch dick und dünn gehen würden, aber die Franzosen haben diese Erwartungen völlig enttäuscht. Als Briand zuerst in Washington eintraf, wollte er dort den Schiedsrichter oder ehrlichen Makler zwischen England und Amerika spielen und erregte damit große Ueberraschung, denn er wußte nicht, daß England bereits völlig vor Amerika kapituliert hatte und daß man die französischen Dienste nicht zur Herstellung der Eintracht unter den Angelsachsen, sondern zur Dämpfung Japans wünschte. Briand ist dann bald aus Washington verschwunden, aber die zurückgebliebene französische Delegation hat sich immer mehr dem japanischen Standpunkt genähert. Japan kann den Franzosen selbst in der deutschen Frage nützliche Dienste leisten, denn in der Reparationskommission sitzt auch ein Japaner; und der Franzose, der Belgier und der Japaner zusammen sind die Mehrheit.

Die amerikanischen Kapitalisten rächen sich an den Franzosen auf ihre Art. Jetzt wird wieder aus Washington berichtet, Staatssekretär Hughes und ebenso Herr Hoover seien gegen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua oder an irgendeiner anderen Wirtschaftskonferenz, bevor nicht Frankreich zu Land und zu Wasser abrüstet und seine Finanzen in Ordnung bringt. Das ist wieder die Drohung, daß Amerika den Franzosen den Gerichtsvollzieher schickt, wenn sie nicht ihre Schulden bezahlen oder sich von Japan trennen. Alle offiziellen Freundschaftsbezeugungen Poincarés gegen England und Amerika können die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß der Sturz Briands auch das Ende der englisch-amerikanischen Orientierung der französischen Außenpolitik bedeutet. Seit Poincarés Amtsantritt sind alle weltpolitischen Kombinationen wieder in der Schwebe. Das internationale Proletariat muß vor allen möglichen Ueberraschungen auf der Hut sein.

Frieden in Indien?

Es ist der englischen Bourgeoisie gelungen, den irischen Bürgerkrieg durch eine Friedenskonferenz mit den Sinnfeinern zu beenden. Da liegt der Gedanke nahe, etwas ähnliches auch in Indien zu versuchen. Denn Indien hat hundertmal mehr Menschen als Irland und ist für die Existenz des britischen Weltreichs noch hundertmal wichtiger. Die Reise des englischen Thronfolgers hat sich gerade in den Großstädten Indiens als völliger Mißerfolg erwiesen. Wenn auch hier und da bei Sportfesten und dergleichen eine neugierige Menge sich einfand und die englischen Berichterstatter dies triumphierend in die Welt hinausfunkten, so ließ sich doch die revolutionäre Gärung der indischen 300 Millionen nicht wegtelegraphieren. So ist der Gedanke einer Konferenz zwischen den Vertretern der englischen Regierung und dem Haupt der indischen Revolution Gandhi aufgetaucht. Gandhi hat auch bereits seine Bedingungen gestellt: Während der Dauer der Konferenz wollen die Inder ihren passiven Widerstand einstellen, d. h. wieder die Steuern bezahlen usw., aber dafür sollen alle politischen Gefangenen freigelassen werden und die national-indische Freiwilligenorganisation soll von den Behörden nicht gestört werden. Diese Bedingungen sind von Gandhi sehr geschickt formuliert, denn die Inder hätten bei Annahme dieser Forderungen die Möglichkeit, während der langen Wochen einer solchen Konferenz in aller Ruhe ihre Revolutionsarmee aufzubauen.

Als politische Forderungen will Gandhi auf der Konferenz vertreten: die Selbstregierung für Indien, ob innerhalb oder außerhalb des britischen Reiches ist noch nicht ganz klar, sodann die Räumung Syriens durch die Franzosen, Aegyptens durch die Engländer und die Wahrung der Rechte des türkischen Sultans als Kalifen, d. h. als Oberhaupt der mohammedanischen Kirche. Gandhi hat dieses Programm mit Rücksicht auf die indischen Mohammedaner entworfen, die sich solidarisch fühlen mit den unterdrückten Völkern Vorderasiens. Daß die indische Nationalbewegung sich derartig für Syrien, Aegypten und die Türkei einsetzt, ist den englischen Kapitalisten sehr peinlich. Es bildet sich hier wirklich die Einheitsfront der vom Ententekapital unterdrückten Ostvölker. Vorläufig lehnen die maßgebenden englischen Stellen noch die Forderungen Gandhis als völlig unmöglich ab, aber die englische Regierung wird bescheidener werden, ebenso wie sie es gegenüber Irland geworden ist.

Wirtschaftliche Uebersicht.

Deutschlands Kohlenproduktion im Jahre 1921.

Das Statistische Reichsamt gibt jetzt die endgültigen Zahlen über die Ergebnisse des deutschen Kohlenbergbaues heraus.

Jahresförderung.

(in 1000 To.)	1921	1920	1913
Steinkohlen	136 210	131 340	173 096
Braunkohlen	123 011	111 880	87 233
Koks	27 921	25 177	32 652
Steinkohlenbrikett	5 688	4 938	6 811
Braunkohlenbrikett	28 243	24 273	21 976

Wenn auch das Jahr 1921 gegenüber 1920 eine leichte Steigerung brachte, so sind wir noch weit von den Vorkriegsjahren entfernt, wobei noch die Berücksichtigung ist, daß aus dieser ohnehin geminderten Förderung monatlich beträchtliche Mengen an die Entente abgeführt werden müssen. Der Rückgang in der Steinkohlenförderung wird zwar durch die gesteigerte Braunkohlenmenge so ziemlich wett gemacht — doch bedeutet dies eine Verschlechterung des Gesamtergebnisses, da die Braunkohle viel weniger ausgiebig im Gebrauch ist.

Die Politik im Spiegelbild des Kurszettels.

Daß die deutsche Mark heute nur mehr ein Spielball in den Händen ausländischer und inländischer Spekulanten ist, ist zu bekannt, um nochmals betont zu werden. Immerhin ist es interessant hervorzuheben, wie sehr ihr Stand von allen Ereignissen, die in Paris und London stattfinden, prompt beeinflußt wird. Innerhalb dreier Tage hat sich die deutsche Valuta folgendermaßen verändert:

	25.	21.	20. Januar
Amsterdam	7 442,45	7 257,25	7 217,25
London	863,40	844,35	833,35
New York	204,46	200,20	197,45
Paris	1 631,65	1 626,65	1 621,65
Schweiz	3 974,—	3 903,90	3 853,85

Schlesische Rundschau.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Wieder zwei Todesopfer in der Grube.

Im Waldenburger Bahschacht ist durch hereinbrechende Gesteinsmassen verschüttet und erschlagen worden der Hauer Kremser. Auf dieselbe Art ist auf der Fuchsgrube in Rotzenbach der Berghauer Klinge ums Leben gekommen. Jede Woche fordern die Gruben mehrere Menschenleben. Es werden Gesetze geschaffen und Sicherheitskommissionen gebildet, aber die Unglücksfälle reißen nicht ab. Sie reißen deshalb nicht ab, weil die Grubenaktionäre bei der Jagd nach Reingewinnen nicht die Sorgfalt auf Sicherheitsmaßnahmen legen, die im Interesse der Bergarbeiter notwendig sind. Es muß von den Bergarbeitern, die immer mit einem Bein im Grabe stehen, gefordert werden, daß alles — auch das letzte — getan wird zur Verhinderung dieser regelmäßigen und schweren Unglücksfälle.

Eine Wohnungsschiebergeschichte.

Wir erhielten wiederholt Zuschriften, die schwere Kritik üben an dem Geschäftsgebaren des Breslauer Wohnungsamtes und erkennen [illegible], daß da vieles faul — sehr faul — sei. Da das Wohnungselend in Breslau am größten und schlimmsten von ganz Deutschland ist und an einen genügenden Bau neuer Wohnungen in absehbarer Zeit gar nicht zu denken ist, liegt es im Interesse der Allgemeinheit, alle Mißstände und alle Wohnungsschiebungen rücksichtslos aufzudecken. Durch eine öffentliche Kritik muß auf Abstellung und Unterbindung dieser Wohnungsschiebereien, die es dem Schieber ermöglichen, sofort eine komfortable Wohnung zu finden, während der wohnungsuchende Proletarier, oder ein Lehrer oder Arbeiter als Wohnung erhält, immer wieder hingewiesen werden.

Von dieser Schiebepraktiken ließ sich auch der sozialdemokratische Stadtverordnete Hugo Frey leiten, als er im März 1921 in einer Stadtverordnetensitzung ganz bekannte [illegible] Wohnungsschiebungen zur Sprache brachte. [illegible] Wohnungsamtes zur Debatte [illegible] Oberregierungsrat [illegible] Major [illegible] Oberleutnant von Gienanth bei der Wohnungsbeschaffung [illegible] zu sein. Die Fälle [illegible] ergaben sich, da die Wohnungen [illegible] Familien entzogen wurden.

Der Oberregierungsrat fühlte sich beleidigt und klagte. Am Mittwoch stand nun Stadtverordneter Frey vor den Schranken des Gerichts. Die Verhandlung ergab ein lehrreiches Bild, sie zeigte, was alles in der heutigen „demokratischen" Republik gemacht wird. Der deutschnationale Oberregierungsrat [illegible] — so war er es jedenfalls in seiner Zeit gewohnt — im [illegible]. Man hatte [illegible] den Eindruck, als ob der Oberregierungsrat die ganze Gerichtsverhandlung [illegible]. Aus der Verhandlung ging hervor, daß die Regierung — insbesondere der Oberregierungsrat — (als Aufsichtsbehörde des Wohnungskommissariats) [illegible] in den beiden angeführten Fällen sich [illegible] für Erlangung einer Wohnung einsetzte. Das soll uns in Zukunft Veranlassung sein, allen wohnungsuchenden Proletariern zu sagen, daß sie in das Regierungsgebäude gehen sollen. Denn wenn man sich für Offiziere (von denen noch einer als Lediger eine 5 Zimmerwohnung erhielt), so energisch verwendet, wird man das auch für jeden Proleten tun. Oder glaubt man das etwa nicht? Bei einer „demokratischen" Regierung muß das doch so sein, nicht wahr?

Interessant war auch die Feststellung, daß der Oberstleutnant Gienanth, trotzdem das Wohnungskommissariat ganz energisch dagegen protestierte, und trotzdem Gienanth Junggeselle ist, eine geräumige, erstklassige 5 Zimmerwohnung erhielt. Er setzte sich einfach in die Wohnung, schaffte eine vollendete Tatsache und blieb, da er einflußreiche Freunde bei der Regierung hatte, auch weiter im Besitze der Wohnung. Der Oberregierungsrat sagte zwar unter seinem Eide aus, er höre das erste Mal etwas davon, daß Gienanth doch noch eine 5 Zimmer-Wohnung erhalten habe, wir glauben ihm das jedoch nicht. Es wäre vielleicht interessant, in diese dunkle Angelegenheit etwas näher einzudringen, da ja aus der Gerichtsverhandlung hervorging, daß der Herr Oberstleutnant recht seltsam mit der Wahrheit umspringt.

Der Staatsanwalt war nun nicht etwa der Auffassung, daß das Verhalten des adligen Oberregierungsrates in Anbetracht des furchtbaren Wohnungselendes aufs schärfste zu mißbilligen sei und daß eine Kritik solcher, die Allgemeinheit schädigenden Vorfälle nur zu begrüßen sei. Der republikanische Staatsanwalt nahm den deutschnationalen Oberregierungsrat warm in Schutz, griff in ganz unerhörter, agressiver Form den Stadtverordneten Frey an und beantragte 3000 M. Geldstrafe.

Der Verteidiger verlangte Freisprechung, da es dem Angeklagten gelungen sei, den Wahrheitsbeweis anzutreten.

Das Gericht stellte sich auf einen anderen Standpunkt, es verurteilte Genossen Frey, trotzdem es einwandfrei feststeht, daß die von Frey kritisierten Fälle sich tatsächlich zugetragen haben. Im „Namen des Volkes" wurde Stadtverordneter Frey zu 1000 Mark Geldstrafe verknackt.

Und so geschah es, daß ein Republikaner, da er für das Interesse der Allgemeinheit eintrat, von der republikanischen Justiz am Kragen genommen wurde, weil er es wagte, einem monarchistischen Oberregierungsrat wegen seiner sonderbaren Haltung in dieser Wohnungsschiebergeschichte etwas auf die Hühneraugen zu treten. Nun wage noch einer zu behaupten, das „demokratische" System sei nicht das beste. — Die monarchistischen, reaktionären Beamten, die dieses demokratische Staatswesen schon ganz in ihren Händen haben, werden solange ihr unheilvolles Wesen treiben, bis die geeinte Arbeiterschaft das ganze reaktionäre und kapitalistische Geschmeiß zum Teufel jagt.

Volkswacht-Antibolschewismus.

Ein Genosse, der lange Jahre in russischer Gefangenschaft war und dort vom Sozialdemokraten zum Kommunisten wurde, bittet uns um Veröffentlichung folgenden Artikels:

In einer Zeit, wo die Not des Volkes täglich und stündlich wächst, wo die Brotpreise um 75 Prozent erhöht werden sollen, wo eine neue, bisher nicht gekannte Hausse in Textil-, Manufaktur- und Schuhwaren bevorsteht, die den Fabrikanten und Großhändlern — die, alle ohne Ausnahme, alte Läger und alte Abschlüsse haben — märchenhafte Profite bringen wird, in einer Zeit, wo die Erfassung der Goldwerte, d. h. die Besteuerung der Reichen, dank dem feigen und verräterischen Verhalten der SPD. fallen gelassen wird, und wiederum alle Steuern, alle Lasten, auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden, weiß die Breslauer „Volkswacht" nichts besseres zu tun, als in ihre chronische Krankheit zu verfallen und in der ihr eigenen giftigen, gehässigen und gewissenlosen Art gegen Sowjet-Rußland zu hetzen. Wir verstehen die Absicht, man will die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von der neuen sozialdemokratischen Schande, der Aufgabe der Erfassung der Sachwerte, bewußt ablenken.

In der Sonnabendnummer der „Volkswacht" wird eine Resolution der russischen Sozialdemokraten, der Menschewiki, abgedruckt, die die bekannten liberalen Forderungen der bürgerlichen Demokraten aufstellt und weiter treuherzig vorzutäuschen versucht, daß die Partei der Menschewiki eine Partei der „Masse" (!) ist, die völlig loyal, auf dem Boden der Sowjetverfassung für die Erfüllung ihrer Forderungen eintritt. Die „Volkswacht" bemerkt dazu: „So sehen die Menschewiki aus, die von den Bolschewiki wie wilde Tiere gehetzt werden." Der SPD. und besonders der „Volkswacht" ist jedes Recht, über die Sowjetregierung zu Gericht zu sitzen, abzusprechen. Eine widerwärtigere Heuchelei hat es wohl noch nie gegeben. Dieselben Sozialdemokraten, die uns vier Jahre lang wie wilde Tiere in die Maschinengewehre hetzten, die unsere Frauen und Kinder hungern und sterben ließen, die uns belogen und betrogen, die uns 60 Jahre lang erzählten und lehrten, daß die Proletarier kein Vaterland haben, und am 1. August entdeckten, daß Ebert, die Noske und Scheidemann, ein Vaterland haben und der internationale Gedanke für sie nur ein bequemes Mittel zu einem schönen Zweck ist, sprechen heute von Humanität. Sollen wir denn alles, alles vergessen, was uns diese Leute, die „Sozialisten", Winnig, Hörsing, Heine usw. angetan haben. Sollen wir wirklich vergessen, wie diese skrupellose Führerclique die Proletarier nach dem 9. November zu hunderten und tausenden der Weißen von uns ermorden ließen. Dieselben Leute, die frohlockten und jubelten, als die von ihnen bezahlten Offiziersbestien unsere Rosa und unseren Karl ermordeten, klagen über Terror. Alles soll vergessen sein. Ist es vielleicht unwahr, daß der große, bei „allen" beliebte Paul Löbe begeisternde Vorträge über den Krieg 1914 im Gewerkschaftshause hielt, daß er begeisternde Berichte über seine Erlebnisse hinter der Front im Autowagen schrieb. Ist es unwahr, daß Philipp Scheidemann — hier in Breslau unter dem großen Jubel des bürgerlichen Gesindels, das sich von der Front gedrückt hatte, erklärte, wir werden bis zum letzten Blutstropfen kämpfen, wenn wir einen Fuß deutschen Bodens abtreten sollen. Bis auf den letzten Arbeiter wollten diese Kriegsverbrecher kämpfen.

Wir glauben, daß diese Beispiele genügen. Doch sind die russischen Scheidemänner und Löbe besser?

Die russischen Arbeiter und Bauern hatten im Februar 1917 den Zaren gestürzt, um einen sofortigen Frieden herbeizuführen. Niemals war eine Regierung so unfähig, so verlogen, wie die folgende „sozialistische provisorische" Regierung. Die Mitglieder dieser „Regierung", die der sozialdemokratischen und sozialrevolutionären Partei angehörten, verbanden sich sofort mit der schwärzesten Reaktion. Oder ist es unwahr, daß der Sozialrevolutionär Kerensky, der Sozialdemokrat Zeritello und der Monarchist Miljukow zusammen „wie Brüder" regierten. Die Antwort auf das immer heftiger werdende Verlangen der Arbeiter und Bauern nach Frieden und Brot, war die Erklärung auf der Staatskonferenz vom 25. August 1917: „**Verflucht sei der, der jetzt vom Frieden spricht.**" Das sagte nicht der Monarchist Miljukow, sondern der „Sozialist" Kerensky. Als die russische Bourgeoisie kurz vor dem russischen Kapp-Putsch der Korniloweriche immer frecher und unverschämter wurde, da wagte der Sozialdemokrat Zeritello nicht anderes als — nicht die Entwaffnung der Bourgeoisie — sondern der Arbeiterschaft zu verlangen. Bei der „sozialistischen" Regierung gab es nur Freiheit für Spekulanten und Wucherer, die Führer der Bolschewiki wurden als Parias behandelt. Nur illegal konnten sie leben. Die Bolschewiki wurden als deutsche Spione und Agenten verschrien. Eine Behauptung übrigens, die trotz Trotzkis Auftreten in Brest-Litowsk, von dem allen bewährten, im Klassenkampf grau gewordenen „Führer", dem Herrn Lehrer Gürich, der seit 1918 in der SPD. gelandet ist, noch immer wieder desseres Wissen vorgebracht wird.

Doch das Sündenregister der Menschewiki erschöpfend würde den Spalt anfüllen leichen. Niemals werden die Sozialdemokraten die Schande des 26. Mai 1918 wegwaschen können. An diesem Tage verbanden sich die Menschewiki mit den Sozialrevolutionären und den Kadetten, also den Monarchisten, und kürzten

unter Beihilfe der tschecho-slovakischen Banden die **Sowjets** in Nowo Nikolajewsk, Gouv. Tomsk, Tschelabinsk usw. Sie entfesselten einen blutigen, grausamen Bürgerkrieg, der bis **Dezember** 1919 dauerte und ermöglichten einer Bestie wie **Koltschak** zur Diktatur. Die Sozialdemokraten tragen vor der Geschichte die Verantwortung für die Tausende von unschuldigen Menschenleben. Es ist selbstverständlich, daß bei der zeitweiligen „sozialistischen" Regierung 1918 in Omsk unter der Führung des „Sozialisten" Afzentiew jede Preß- und Koalitionsfreiheit aufhörte. Es ist selbstverständlich, daß die „Sozialisten" die Kommunisten wie wilde Tiere hetzten. Die Bolschewiki kamen nicht in die Verlegenheit des Hungerstreiks, weil sie von den monarchistischen Offizieren der „sozialistischen" Regierung bestialisch ermordet wurden. Die erste Tat der Offiziere war, daß sie die Mitglieder des Sowjet in Nowo Nikolajewsk folterten und abschlachteten. Die verstümmelten Leichname wurden in das 148. Kriegslazarett gebracht zur allgemeinen Besichtigung. Niemals haben die „Sozialisten" den Kommunisten irgendein menschliches Gefühl entgegengebracht. Es ist daher widerwärtig, wenn die menschewistischen Pharisäer sich über den „Terror" der Bolschewiki beklagen.

Es war früher eine Ehrenpflicht der Vorkämpfer des Sozialismus, Marx, Engel und Bebel, für die Pariser Kommune einzutreten. Die heutigen S.P.D.-Führer wissen nichts besseres, als die Regierung der Arbeiter und Bauern Rußlands herunterzureißen.

Es ist eine zwingende moralische Pflicht der sozialdemokratischen Arbeiter gegen diese antibolschewistische Hetze ihres **Blattes** entschieden Stellung zu nehmen. Durch diese von der „Volkswacht" betriebene Hetze wird nicht die elende Lage der deutschen Arbeiterschaft verbessert, wird nicht das Problem der Sachwerterfassung gelöst. Aber die Arbeiterschaft wird von ihrem eigentlichen Ziel abgelenkt und das darf sich die Arbeiterschaft nicht bieten lassen, dazu ist die wirtschaftliche Lage des Proletariats viel zu ernst.

Die Sitzung des Zentralausschusses.

Auf dem Zentralausschuß, der am Sonntag seine Sitzung begann, sind außer den gewählten Vertretern noch anwesend die Bezirkssekretäre und Vertreter der Redaktionen. Auf der Tagesordnung steht ein Referat über die politische Lage, über die Gewerkschaftsfrage und der politische Bericht der Zentrale. Die der K.A.G. angehörenden Delegierten forderten ein Korreferat. Diesem Verlangen wurde stattgegeben. Friesland wurde von der K.A.G. als Korreferent bestimmt.

Thalheimer über die politische Lage.

Thalheimer: Genossen und Genossinnen! Es sind Anschauungen aufgetaucht, die aus den ökonomischen Erscheinungen den Schluß ziehen, daß wir in eine neue Periode der Kräftigung des Kapitalismus eintreten. Welches ist der Zustand der allgemeinen Wirtschaftskrise? Die allgemeine Wirtschaftskrise hält unter geringen Schwankungen noch an. Es seien keine Anzeichen dafür vorhanden, die auf eine Beseitigung dieser grundlegenden Ursachen hinweisen. Es ist den Kapitalisten noch nicht gelungen, ein wirtschaftliches Weltgleichgewicht herzustellen.

Symptomatisch hierfür sind der andauernde Tiefstand der deutschen und der polnischen Mark im Verhältnis zum Dollar, die Millionenziffern der Arbeitslosen in Amerika, England, Italien, Schweden usw. Auch die Versuche durch Lohnabbau, allgemeine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und Senkung der Weltmarktpreise, die Krise zu beheben, blieben erfolglos; sie haben im Gegenteil dazu beigetragen, die sozialen Gegensätze zu vertiefen.

In dieser Lage sehen sich die einzelnen kapitalistischen Staaten und Mächtegruppen nach neuen Ausbeutungsgebieten um. Sie richten ihr Augenmerk in erster Linie auf Südamerika, China und seine Randländer, auf Sibirien und auf Sowjet-Rußland. **Deutschland soll als Industriekolonie die kapitalistische Ausbeutung Sowjet-Rußlands vermitteln.** Diese Tendenzen haben neue imperialistische Gegensätze hervorgerufen. Das Hauptspannungsgebiet ist der Stille Ozean, wo die Interessen der Vereinigten Staaten, Japans und des englischen Weltreiches sich kreuzen. Weitere Konfliktsherde sind das Gebiet der ehemaligen Türkei und Zentraleuropa, wo vor allem der englische und der französische Imperialismus zusammenstoßen.

Diese Gegensätze haben zu einer **Fortsetzung des Wettrüstens** geführt und die **Gefahr eines neuen Weltkrieges** in absehbare Nähe gerückt. Die sozialen Erschütterungen, die dem letzten Weltkrieg auf dem Fuße folgten, lassen allen bürgerlichen Staaten einen neuen Weltkrieg, dessen Umfang und Verwüstungen noch größer sein würden, als ein schweres Risiko für den Bestand der kapitalistischen Ordnung erscheinen. Zudem gerät das fortgesetzte Wettrüsten mehr und mehr in Widerspruch zu der finanziellen Leistungsfähigkeit der Staaten, mit Ausnahme Nordamerikas, dessen ungeheure Finanzkraft ihm erlauben würde, alle seine Konkurrenten zu überrennen.

Die **Washingtoner Konferenz** stellt den Versuch dar, die Rüstungen den Finanzkräften der Staaten anzupassen, die Kriegsgefahr abzudämpfen, auf Grund der neu herausgebildeten Machtverhältnisse ein Weltgleichgewicht zu schaffen. **Die Kriegsgefahr ist jedoch durch Washington nicht gebannt.** Eine wesentliche Herabsetzung der Rüstungen kam dort nicht zustande. (Keine Regelung der Landrüstung, Freibleiben der Rüstungen der Luft und unter See, geringe Verlangsamung des Großkampfschiffbaues.) In der ostasiatischen Frage, brachte das Viermächteabkommen keinen haltbaren Ausgleich der Gegensätze.

In **Cannes** ergriff England die Initiative, um Deutschland und Sowjet-Rußland in den Kreis der weltwirtschaftlichen Beziehungen einzureihen. Das bedeutet sachlich erstens eine **Revision des Versailler Vertrages und des Londoner Abkommens** vom Mai 1921, zweitens die **Anerkennung Sowjet-Rußlands** und seine Erschließung für das westliche Kapital.

In Cannes habe der Beauftragte der deutschen Regierung Maßnahmen zugestimmt, die eine gewaltige Verschlechterung der Lage der arbeitenden Klasse bedeuten. Die Scheinkonjunktur, die Deutschland durchlebt, nähert sich nach offiziellen Regierungsäußerungen ihrem Ende. Die Scheinkonjunktur habe bei einem Teil der Arbeiterklasse reformistische Illusionen erzeugt. Die geschlossene Front der Bourgeoisie und die allgemeine Notlage haben in der Arbeiterklasse den **Willen zur Einheitsfront** wachgerufen. Die Partei hat auf diesem Wege sichtlich Erfolge erzielt. Der Wille zur Einheitsfront nimmt unter Führung der K.P. [illegible] Formen an. Die K.P.D. wird bei gradliniger Fortsetzung ihrer Politik mit jedem Tage mehr zu Führerin im Tageskampfe um die nächsten Etappen werden. Diese Aufgaben liegen klar vor uns: Kampf gegen den Steuerraubzug, für die Erfassung der Sachwerte, gegen die Stinneskoalition, für die Arbeiterregierung, für die Kontrolle der Wirtschaft durch die Organe der Arbeiterklasse, gegen die Abmachungen deutscher Kapitalisten mit dem Ententekapital, gegen wirtschaftliche und politische Angriffe auf Sowjet-Rußland. Die Erfolge dieser Politik werden dem Proletariat in seiner Gesamtheit zufallen.

Friesland sucht die Ausführungen Thalheimers zu widerlegen. Er versucht durch Zahlen und Zitate eine Erstarkung des Kapitalismus nachzuweisen. Nach ihm macht die Bourgeoisie gewaltige Anstrengungen, das Wirtschaftsleben zu heben. Stinnes allein hat viele Millionen zur Erschließung neuer Kohlenschächte angelegt. Viele Symptome für die Kräftigung des Kapitalismus sind vorhanden. Praktisch hat ja die Partei dem auch schon Rechnung getragen. Die Politik ist angepaßt worden der politischen Situation. Wir haben mit der Auffassung gebrochen, daß die K.P.D. eine besondere Aufgabe im Proletariat habe. Wir haben die Aufgabe, dem Proletariat die Situation zu kennzeichnen. Unser ganzes Bestreben müßte darauf gerichtet sein, die breiten Massen um uns zu sammeln, die Massen zu verschmelzen. Friesland bespricht dann unsere jetzige Politik, die Linie, auf die sich die Partei durch den Kongreß in Moskau, den Parteitag in Jena und die letzte Tagung des Zentralausschusses gestellt hat und rechtfertigt sie, sucht aber nachzuweisen, daß verschiedene führende Genossen der Partei und der Internationale noch nicht vollständig auf diesem Boden stehen. Besonders wendet er sich gegen Sinowjew, der heute noch die Auffassung habe, daß weitere Spaltungen notwendig sind. Unsere Partei muß sich darauf einstellen, die Partei der breiten Massen zu werden. Dann kommen wir aber auch zu einem engeren Verhältnis zu anderen Arbeitern. Wir werden die revolutionären Massen um uns sammeln. Damit verschwindet auch das besondere Charakteristikum der Kommunistischen Partei. Damit versucht Friesland Levis Theorie für die sozialrevolutionäre Partei zu begründen. Die 21 Bedingungen können nicht für alle Zeit die Grundlage der K.P.D. sein. Besonders wendet sich Friesland gegen die bisherige Auffassung von der Parteidisziplin. Die organisatorischen Maßnahmen nehmen einen breiten Raum in seiner Polemik ein. Eine klare, fest abgegrenzte Linie zeigt Friesland nicht. Er fordert, daß die Partei ihre jetzige Politik programmatisch festlegen soll, macht selbst aber keine diesbezüglichen konkreten Vorschläge. Ein eigenes Programm bringt er nicht.

Gewerkschafts-Bewegung.

Bergarbeiter-Revierkonferenz in Waldenburg.

Am letzten Sonntag fand in Waldenburg eine Revierkonferenz statt. Kamerad Schmidt berichtete über die Verhandlung zwecks Erhöhung des Grundlohnes zur Bemessung des Krankengeldes. Im vorigen Jahre scheiterten die Verhandlungen, weil die christlichen Vertreter im Knappschaftsvorstande gegen eine Erhöhung gestimmt hatten. Die Knappschaftsältesten haben nun erneut die Erhöhung des Grundlohnes auf 80 M. gefordert. Die Unternehmer sind dagegen, weil ein so „hohes" Krankengeld die Simulation sehr fördern würde (!). (Der Arbeiter darf also im Unternehmerinteresse nie krank werden.) Zu diesem Punkte wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die heute am 22. Januar 1922 im Gasthaus Zum Edelstein in Waldenburg versammelten Knappschaftsältesten und Vertrauensleute des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands nehmen mit Bedauern Kenntnis von dem ablehnenden Standpunkt der Arbeitgebervertreter im Vorstande des Niederschlesischen Knappschaftsverein in bezug auf die Erhöhung des Grundlohnes zur Bemessung des Krankengeldes. Die Vertreter der Arbeitnehmer im Knappschaftsvorstande werden von den heute hier versammelten Knappschaftsältesten und Vertrauensleuten erneut beauftragt, an ihrer Forderung festzuhalten. Die ungeheure Not der krankfeiernden Bergarbeiter erfordert unbedingt eine Erhöhung des Krankengeldes, den gegenwärtigen Teuerungsverhältnissen entsprechend. Die Versammelten erwarten von den Arbeitgebervertretern bestimmt, daß sie der traurigen Lage der krankfeiernden Bergarbeiter etwas mehr soziales Verständnis entgegenbringen und der berechtigten Forderung, das Grundlohn dementsprechend zu erhöhen, ihre Zustimmung geben. Die Notwendigkeit ergibt sich schon daraus, daß infolge der ungemein schnellen Preissteigerung die Löhne ebenso schnell gesteigert werden müssen, die Festsetzung des Grundlohnes aber nur periodisch erfolgen kann."

Kamerad Hoffmann berichtete dann über die Lohnbewegungen im Jahr 1921. Wenn man Ende 1920 glaubte, daß die Preissteigerung ein Ende habe, mußte man feststellen, daß dem nicht so war. Im gesamten Revier, auch in den umliegenden Erz- und Magnesitgruben haben die Arbeiter immer erneut Lohnforderungen stellen müssen. Obwohl die Unternehmer immer die Unrentabilität demonstrierten, zeigen doch die ungeheuren Gewinne der Grubenbarone, daß sie sehr gute Geschäfte machen.

Weiter berichtete Kamerad Hoffmann über die im Berichtsjahre 1921 stattgefundenen Belegschafts- und Zahlstellenversammlungen, ebenso über die Betriebsrätekonferenzen und Sitzungen. Es fanden statt: 390 Zahlstellen-, 416 Belegschafts- und 29 öffentliche Bergarbeiterversammlungen, außerdem fünf Betriebsrätekonferenzen, 4 Konferenzen, an denen Betriebsräte und Vertrauensleute teilnahmen, 4 Gruppenratssitzungen und 52 Betriebsratssitzungen.

Beim Kassenbericht gab Kamerad Dierich bekannt, daß der Streik in Niederschlesien etwa drei Millionen gekostet habe. An Krankenunterstützung wurden 294000 M. ausgezahlt. Beim nächsten Gewerkschaftskongreß soll Stellung zur Schaffung von Industrieorganisationen genommen werden. Auf Grund der erhöhten Verwaltungskosten und um Mittel zu neuen Kämpfen zu bekommen wurde einstimmig beschlossen, den Lokalbeitrag von 50 Pf. auf 1 M. zu erhöhen.

Auf eine Anfrage gab Kamerad Husemann dann kurz einen Bericht über den Stand der jetzigen Lohnbewegung. Aus demselben war zu entnehmen, daß der Reichsverband der deutschen Industrie, Gruppe Bergbau, die Forderung abgelehnt hat. Der Reichsarbeitsminister, der bisher die zentralen Verhandlungen geleitet hat, liegt gegenwärtig an einer Nierenentzündung schwer krank darnieder, deshalb ist sozusagen ein gewisser Stillstand eingetreten. Husemann hofft, daß in Kürze die Lohnverhandlungen erledigt werden.

Die Kameraden müssen verlangen, daß ihre berechtigten Forderungen weder an der Krankheit des Arbeitsministers, noch an der Ablehnung der Unternehmer scheitern dürfen. Die Bewegung muß jedenfalls geschlossen und zentral geführt werden.

Die Konferenz hob sich vorteilhaft von den früheren ab. Die intensive Mitarbeit unserer Genossen hatte die Möglichkeit, Kommunistenhetze zu machen, von vornherein ausgeschlossen.

Zur Aussperrung in der Augsburger Textil-Industrie.

Bekanntlich haben die Augsburger Textilunternehmer in der letzten Zeit die Arbeiter fortgesetzt provoziert. Bei den letzten Lohnverhandlungen mit dem Deutschen Textilarbeiterverband machten die Unternehmer ein lächerliches Angebot, der Verband wich dem Kampfe aus und befürwortete einen Schiedsspruch. Noch ehe dieser unter Dach und Fach war, nützten die Unternehmer den Streik der Maschinisten und Heizer, um die Textilarbeiter auf die Straße zu werfen. Die Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes, anstatt die Unternehmerwillkür zu bekämpfen, wandten sich im Verein mit den Christlichen gegen den Zentralverband der Maschinisten und Heizer, und würgten den Streik ab, alles, um das Wirtschaftsleben vor Erschütterungen zu bewahren, um dem Kampf auszuweichen.

Doch wenn die Unternehmer den Kampf wollten, weil sie glauben, die Arbeiterschaft niederschlagen zu können, werden sie ihn bei der größten Nachgiebigkeit der Gewerkschaftsführer vom Zaune brechen, da einmal der Punkt kommt, wo die geknutete und schikanierte Arbeiterschaft nicht mehr mitmachen kann.

Die Direktion der großen Mechanischen Baumwollspinnerei und -weberei in Augsburg weigerte sich einfach, die auf Grund des Schiedsspruches ab 28. November gültigen Löhne zu zahlen. Etwa 80 Prozent der im Akkord arbeitenden Belegschaft erhielten einen unter dem Akkorddurchschnitt liegenden Lohn.

Ein Teil der Belegschaft arbeitet an drei Stühlen. Dieses Dreistuhlsystem ist eine von der Belegschaft freiwillig geleistete Ueberarbeit, die nun abgelehnt wurde, einmal, weil die Belegschaft natürlich keine Lust hat, ein paar Monate lang mit drei Stühlen Ueberarbeit zu machen, weil der Unternehmer viel Aufträge hat, und im Frühjahr auf die Straße zu fliegen oder verkürzt zu arbeiten, weil der Unternehmer weniger Aufträge hat.

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

12) Uebersetzt von Adolf Heß.

„Das geht nicht! Vielleicht wird sie morgen früh hier gesehen, und das ist für uns nicht gerade angenehm und für sie auch nicht."

Die Mutter überlegte, blickte nachdenklich durch das Fenster und fragte leise:

„Ich verstehe nicht, Pawel, was denn hierbei gefährlich und verboten ist? Ihr tut doch nichts Schlimmes?"

Sie war ihrer Sache nicht so sicher und wollte von dem Sohne eine bestätigende Antwort hören. Er blickte ihr ruhig in die Augen und erklärte ihr fest:

„Wir tun nichts Schlimmes und werden nichts Schlimmes tun, trotzdem winkt uns allen in der Ferne das Gefängnis. Das laß dir gesagt sein . . ."

Ihre Hände zitterten, mit brechender Stimme meinte sie:

„Vielleicht gibt Gott . . . daß es noch gut abläuft?"

„Nein!" sagte der Sohn freundlich, aber bestimmt. „Ich kann dich nicht betrügen, es läuft nicht gut ab."

Er lächelte.

„Geh zu Bett, du bist müde. Gute Nacht!"

Als sie allein war, trat sie zum Fenster, blieb da stehen und blickte auf die Straße. Vor dem Fenster war es kalt und trübe. Der Wind hatte sich aufgemacht, wehte den Schnee von den Dächern der kleinen schlafenden Häuser, schlug gegen die Wand, flüsterte geschwind etwas vor sich hin, fiel auf die Erde und trieb weiße Wolken trockener Schneeflocken die Straße entlang . . .

„Jesus Christus, erbarm dich unser!" flüsterte die Mutter leise.

Aus ihrem Herzen stieg immer neues Weh empor, und gleich einem Nachtschmetterling huschte und zitterte in ihr die Vorahnung des Kummers, über den ihr Sohn so ruhig und sicher sprach. Vor ihren Augen lag die weite schneebedeckte Ebene. Kalt, mit seinem Pfeifen fegte der Wind weich und zottig darüber hin . . . Mitten in der Ebene schreitet schwankend eine kleine, schlanke Mädchengestalt einsam vorwärts. Der Wind verwickelt sich in ihren Beinen, bläht ihre Röcke auf und wirft ihr stechende Schneekörner ins Gesicht. Es ist schwer zu gehen, die kleinen Beine versinken im Schnee. Es ist kalt und schrecklich. Das Mädchen beugt sich vornüber und gleicht mitten in der weiten, trüben Ebene einem Grashalm im scharfen Spiel des Herbstwindes. Rechts von ihr steht der Sumpf wie eine dunkle Wand; dort zittern und säuseln wehmütig zarte nackte Birken und Espen. Weit in der Ferne blinzeln trübe die Lichter der Stadt . . .

„Herrgott — erbarm dich unser!" flüsterte die Mutter wieder, vor Kälte und Furcht zitternd.

7.

Die Tage glitten einer nach dem anderen dahin, wie Perlen an einem Rosenkranz, und reihten sich zu Wochen und Monaten aneinander. Jeden Sonnabend kamen die Freunde zu Pawel, und jede Versammlung glich einer Stufe auf einer langen schrägen Leiter, die irgendwo in die Ferne führte und die Menschen langsam in die Höhe brachte. Ihr Ende war nicht abzusehen.

Es erschienen immer mehr Leute. Es wurde eng und schwül in Wlassows kleinem Zimmer. Natascha kam verfroren und müde an, war aber stets unerschöpflich lustig und lebhaft. Die Mutter strickte ihr Strümpfe und zog sie selbst über die kleinen Füße. Natascha lachte zuerst, dann aber schwieg sie plötzlich, dachte nach und sagte leise:

„Ich hatte eine Kinderfrau . . ., die war auch wunderbar gut! Wie sonderbar, Pelagea Nilowna, die Arbeiter führen ein so schweres Leben voller Kränkungen, und doch trifft man bei ihnen mehr Herz und mehr Güte als — bei denen da!"

Sie bewegte die Hand und deutete irgendwo hin, weit, weit in die Ferne.

„Sehen Sie mal!" meinte Frau Wlassow, „Sie haben die Eltern verlassen und alles . . ." Sie wußte ihre Gedanken nicht zu Ende zu bringen, seufzte und schwieg, indem sie Natascha ins Gesicht blickte und aus irgendeinem Grunde Dankbarkeit gegen sie empfand. Sie saß auf dem Fußboden vor ihr, das Mädchen aber hatte den Kopf gesenkt und lächelte nachdenklich.

„Die Eltern verlassen?" wiederholte sie. „Das ist nicht so schlimm! Mein Vater war ein dummer, roher Mensch . . . Der Bruder ebenfalls . . . und ein Trinker. Die ältere Schwester, ein unglückliches klägliches Ding, heiratete einen Mann, der viel älter war als sie, sehr reich, verdrießlich und habgierig . . . Aber um die Mutter tut es mir leid! Die ist gerade so einfach, wie Sie, so klein wie eine Maus, lief ebenso schnell und hatte immer Angst. Bisweilen möchte ich sie so gerne sehen, die Mutter!"

„Sie armes Ding!" meinte die Mutter und schüttelte traurig den Kopf.

Das Mädchen warf schnell den Kopf hoch und streckte die Hand aus, als stieß sie etwas von sich fort.

„O nein! Ich fühle bisweilen solche Freude, solches Glück!"

Ihr Gesicht wurde bleich und ihre blauen Augen flammten hell auf.

Sie legte die Hände auf die Schultern der Mutter und sagte mit tiefer Stimme, aus Herzensgrunde leise und eindringlich:

„Wenn Sie wüßten . . . wenn Sie verständen, was für ein großes, freudiges Werk wir vorhaben! . . ."

Ein neidähnliches Gefühl berührte Frau Wlassows Herz. Sie erhob sich vom Fußboden und sagte traurig:

„Ich bin schon zu alt dafür . . . ungebildet . . . alt . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Am Freitag, dem 13. Januar, veranstalteten sämtliche Akkordarbeiter der Weberei und Spinnerei eine Betriebsversammlung, in der einstimmig beschlossen wurde, ab Montag, dem 16. Januar, die Bedienung des dritten Stuhles und die Leistung von Akkordarbeit abzulehnen.

Dieser Beschluß wurde durchgeführt, trotzdem die Direktion durch Anschläge allerhand alberne Drohungen ausstieß.

Die Beschlüsse der Belegschaft wurden am Montag abend erneut einstimmig bekräftigt.

Am Dienstag drohte die Direktion ultimativ in einem neuen Anschlag mit der fristlosen Entlassung derjenigen, die die Bedienung des dritten Stuhles ablehnen. Dazu hat sie natürlich kein Recht. Sie lehnte z. B. auch jede Verhandlung mit den Betriebsräten und der Belegschaftskommission ab, bevor der dritte Stuhl nicht wieder im Gange sei (!).

Am Mittwoch machten darauf die Meister die Abrechnung mit den früher drei Stühle bedienenden Kollegen, und sie wurden entlassen mit dem Bemerken, daß ihnen die Entlassungspapiere per Post zugestellt würden!

Am Donnerstag früh beschloß darauf die Gesamtbelegschaft einstimmig, sich mit den Dreistuhlarbeitern solidarisch zu erklären, und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis sämtliche Kollegen wieder im Betrieb eingestellt sind und die Firma die Beschlüsse der Belegschaft anerkennt.

Wenn der Deutsche Textilarbeiterverband die schweren Fehler, die er in Augsburg gemacht, nicht noch verschlimmern will, so hat er sich mit seiner ganzen Macht hinter die Streikenden zu stellen und den Uebermut dieses brutalen Unternehmertums zu brechen.

Streikbewegung bei der Firma Wollny-Ohlau.

Seit Freitag, den 13. Januar, stehen die Arbeiter der Waggonreparatur-Werkstatt Wollny außerhalb des Betriebes. Grund ist folgender: Am Donnerstag, den 12. Jan., waren mit der Firma Verhandlungen betreffs Lohnerhöhung. Freitag früh verlangten die Belegschaften in beiden Betrieben Betriebsvollversammlungen zwecks Bekanntgabe des Resultates der Verhandlung. Es fanden nun Versammlungen in beiden Betrieben statt, wo das Ergebnis der Verhandlung bekannt wurde. Es ist folgendes: Es soll ab 17. Januar 1 M. und ab 7. Februar weitere 25 Pfg. gezahlt werden; gleichzeitig sollte der Tarif laufen bis Ende Februar. Die Belegschaft war wegen der gewaltigen Zulage sprachlos. Es wurde nun eine Betriebsvollversammlung beantragt. Der Betriebsobmann des Betriebes, Abteilung Dr. Lazer, machte dem Herrn Betriebsleiter die Mitteilung, daß eine Betriebsvollversammlung stattfindet, die Leute aber zur Arbeit zurückkehren werden. Die gesamte Belegschaft aus Abteilung Dr. Lazer begab sich nun nach dem Zweigbezirk, Abteilung Hafen. Kaum waren die Leute dort angelangt, als uns durch Herrn Meister Kirchner mitgeteilt wurde, Herr Wollny hätte soeben telephoniert, die Arbeit dürfe nicht mehr aufgenommen werden. Dies rief die größte Erbitterung unter der Belegschaft hervor. Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes benachrichtigte sofort die Bezirksleitung und bestellte für Sonnabend einen Vertreter zur Versammlung. In der Versammlung am Sonnabend, zu der Koll. Timm von der Bezirksleitung erschien, erklärte dieser, daß die Bezirksleitung sowie der Hauptvorstand den Streik nicht genehmigen könne, da der Tarif bis 31. Januar läuft. Er redete den Kollegen zu, die Arbeit aufzunehmen. Die Belegschaft lehnte dies geschlossen ab, da sie der Meinung ist, daß es nicht Streik, sondern Aussperrung war. Die Sache wurde dem Schlichtungsausschuß Brieg unterbreitet. Am Freitag, den 20. Januar, wurde in Brieg vom Schlichtungsausschuß folgendes Urteil gefällt: Die Firma soll von Montag, den 23. 1. ab 1,50 M. pro Stunde und vom 1. Februar 25 Pfg. und ab 16. Februar weitere 25 Pfg., also insgesamt zwei M. In der Versammlung am 21. Januar wurde das Urteil von der Belegschaft angenommen und gleichzeitig der Firma bekanntgegeben, daß die Belegschaft die Arbeit zu den Sätzen des Schlichtungsausschusses aufnehmen will. Die Firma war doch damit nicht einverstanden und erklärte daß sie den Schiedsspruch ablehnt. Wenn die Belegschaft will, kann sie die Arbeit aufnehmen, aber zu den alten Bedingungen, die am 17. Januar erzielt wurden. Die Belegschaft lehnte dies ab. Die Bezirksleitung war nun gezwungen, den Streik zu finanzieren. Die Arbeiter werden mit aller Kraft den Kampf führen, der vollkommen berechtigt ist.

Textilarbeiter für Kommunisten.

Bei den [illegible] Januar in Meran Vorstandswahlen des Textilarbeiterverbandes statt, die einen glänzenden Erfolg für die Kommunisten ergaben. Nun haben auch die Textilarbeiter Oelsnitz i. V. ihr Vertrauen zur Kommunistischen Partei bewiesen, indem sie in den Vorstand zwei KPD. und zwei USP.-Kollegen und in das Gewerkschaftskartell fünf KPD. und einen USP.-Genossen entsandten.

Aus der Partei.

Wie man lügt.

Unsere Partei in Rheinland-Westfalen.

Die Hauptbeschäftigung der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft besteht bekanntlich darin, regelmäßig lügenhafte und verleumderische Nachrichten über die Kommunistische Partei zu verbreiten. So haben die Leviten vor einiger Zeit einen „Bericht" über die Bewegung in Rheinland-Westfalen in Umlauf gesetzt, der von allen unabhängigen und sozialdemokratischen Blättern aufgenommen wurde. Diesem Bericht zufolge sollen unsere rheinisch-westfälischen Organisationen vor dem Abgrund stehen, unserer dortiger Mitgliederbestand und Einfluß auf die Massen unaufhörlich schwinden usw. Dieser Bericht hat unsere Partei in Rheinland-Westfalen veranlaßt, mit einer öffentlichen Widerlegung der Levitischen Lügen aufzutreten. Ein ganz neues Bild entrollt sich jetzt vor den Augen der deutschen Arbeiter. — Vor allem ist festzustellen, daß die KPD. im Bezirk Rheinland-Westfalen-Süd mit Ausnahme von ganz wenigen Orten, trotz der Nachwirkungen der Märzaktion und trotz aller Schmutzkübel, die über sie ausgegossen wurden, nicht nur ihren alten Mitgliederbestand gewahrt hat, sondern in vielen Ortsgruppen in neuem Aufschwung begriffen ist. So ist es z. B. absolut unwahr, daß nach Hallenser Spaltung die Organisationen der USP. in Crefeld und M.-Gladbach völlig zur KPD. übertraten. Schon damals blieben die Müden zurück. Der Mitgliederbestand in beiden Orten ist stabil geblieben und nur in Crefeld ist durch das Treiben der Arbeitsgemeinschaft eine vorübergehende Unruhe zu verzeichnen gewesen, die sich jedoch nicht gegen die Partei, sondern gegen das Treiben der KAG. richtete. Die Berichte der Arbeitsgemeinschaft sind aus den Fingern gesogen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß in irgend einem Orte, auch nicht in Crefeld, eine Mehrheit, die Spaltungsabsichten der KAG. zu fördern, gewillt ist. Der Einfluß der kommunistischen Organisation in beiden Unterbezirken hat zugenommen. Von Monat zu Monat ist eine steigende Abführung der Beiträge zu verzeichnen. In Solingen und Remscheid ist die Partei nach wie vor ausschlaggebend. Wenn die KAG. sich diese Unterbezirke besonders vornahm und versuchte, Attacke gegen unsere Funktionäre zu reiten, so ist das sicher auf das Fiasko des Genossen Franken zurückzuführen, das er erlitten hat, als er versuchte, auch in Solingen Unterschriften für seine ominöse Erklärung zu sammeln, und nur eine einzige Genossin einfangen konnte. In Elberfeld-Barmen und in Hagen nimmt der Einfluß unserer Partei ständig zu. Auch hier könnten die Sozialdemokraten einmal bei den Gewerkschaftskartellen anfragen, vielleicht teilen sie auch mit, daß die letzte Generalversammlung des DMV. in Hagen mit großer Mehrheit Kommunisten in die Ortsverwaltung gewählt hat. Ueber Hamborn zu sprechen erübrigt sich, da unseren Lesern der Ausgang der inzwischen abgehaltenen Mitgliederversammlungen bekannt ist. Ganze 19 Funktionäre, meist aus dem syndikalistischen Lager stammend, sind hier den demagogischen Tricks Frankens zum Opfer gefallen.

Die Leviten mögen ihre Lügen fortsetzen, kein Arbeiter wird ihnen mehr glauben.

Lokales.

Breslau. **Achtung, Ortsgruppe Breslau!**

Sämtliche Distrikte werden aufgefordert, die in ihrem Besitz befindlichen Klein-Broschüren bis zum 30. Januar abzugeben. Die bis dahin nicht abgegebenen Broschüren müssen unter allen Umständen bezahlt werden. Die Ortsleitung.

Heut alles um 7½ Uhr in die Distriktversammlungen, niemand darf fehlen.

Anmeldung der schulpflichtigen Kinder.

Wir weisen auf das heutige Inserat der Schuldeputation hin, in dem darauf hingewiesen wird, daß alle Kinder, die bis zum 30. September das sechste Lebensjahr vollenden, am 1. April 1922 schulpflichtig werden. Sie sind bis spätestens 1. März bei dem Rektor der zuständigen Schule anzumelden.

Preußischer Städtetag.

Das städtische Presseamt teilt mit:

Der Vorstand des Preußischen Städtetages tagte im Anschluß an die Sitzung des Vorstandes des Deutschen Städtetages am 2[illegible]. Januar 1922 in Berlin.

Die Handhabung des Schulwesens in Preußen gibt den Städten seit längerer Zeit fortgesetzt zu lebhaften Klagen Veranlassung. Die Finanzlage zwingt die Städte zu Einschränkungen auf personellem Gebiete. Es muß gefordert werden, daß die Staatsbehörden dem Rechnung tragen und die Städte, vor allem auf dem Gebiete des Volksschulwesens, nicht zu Ausgaben zwingen, für die den Städten nach der Gestaltung des Steuerwesens die Deckungsmittel fehlen. Als nicht genügend wird von den Städten auch die Unterstützung des höheren Schulwesens durch den Staat empfunden. Eine Erhöhung der Zuschüsse soll beantragt werden. Ebenso wird geklagt, daß die Handhabung über das Verfahren auf Gewährung der staatlichen Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues mit überflüssigen Umständlichkeiten verknüpft ist; es entspricht auch nicht den wirklichen Verhältnissen, daß im Gegensatz zu anderen Staaten in Preußen die staatlichen Mittel in besonderem Maße den ländlichen Bezirken zugeführt werden, während die unter der Wohnungsnot leidenden Städte zu kurz kommen. Vom Standpunkt der Städte muß eine Änderung dieses Verfahrens verlangt werden.

Schadenersatz der verdrängten Elsaß-Lothringer.

Auf Grund des Verdrängungsschädengesetzes vom 5. August 1922 ist, wie für die Ostmärker, auch für die verdrängten Elsaß-Lothringer im Reiche eine Vorprüfungsstelle in Breslau eingerichtet worden. Diese hat die Anträge nach der Prüfung an die demnächst in Tätigkeit tretenden Spruchkammern abzugeben. Die Vorprüfungsstelle Breslau, Bürgerwerder, Baracke 16, ist zuständig für die aus dem Reichsland und den Kreisen Eupen und Malmedy verdrängten Reichsangehörigen, welche in Schlesien und im Kreise Fraustadt wohnen.

Breslau.

Aus dem Haushalt-Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung nahm in seiner letzten Sitzung die Wiederwahl seines bisherigen Vorstandes — Stadtverordneter Darf erster, Stadtverordneter Dr. Herschel zweiter Vorsitzender — durch Zuruf vor. Sodann befaßte er sich, in Gemeinschaft mit dem Bauausschuß, mit dem Magistratsantrage auf Anschaffung eines Ammoniak-Berieselungskondensators für die Kühlanlage des Breslauer Schlachthofes. Es wurde beschlossen, der Vollversammlung die Annahme der Vorlage zu empfehlen, insbesondere der Gesellschaft Lindes Eismaschinen A.G. die Ausführung zu übertragen, dagegen zur Tilgung der vorschußweise aufzubringenden Mittel nicht einen vier-, sondern einen zehnjährigen Zeitraum vorzusehen.

Falsche Meldung der „Schlesischen Zeitung".

Vom Magistrat wird mitgeteilt:

In der Ausgabe der „Schlesischen Zeitung" vom 11. Dezember 1921, Nr. 595, ist unter der Überschrift „Geldzahlungen bei Zuweisung von Wohnungen" behauptet worden, daß man vom Wohnungskommissar leichter Wohnungen zugewiesen erhält, wenn man dafür Geldzahlungen leistet. Diese Behauptung ist falsch; denn die Vergebung der der Zwangswirtschaft unterliegenden Wohnungen durch den Wohnungskommissar erfolgt stets nur nach dem Grade der Dringlichkeit unter Berücksichtigung der zeitlichen Eintragung in die Liste der Wohnungsuchenden. Irgendwelche geldliche Leistungen kommen nicht in Frage. Es liegt hier offenbar eine Verwechselung mit den nach dem 29. November 1920 hergestellten neuen Wohnungen vor, die der Zwangswirtschaft nicht unterliegen und deshalb auch nicht durch den Wohnungskommissar vergeben werden. Diese Wohnungen sind völlig frei, wenn sie ohne staatliche und städtische Beihilfe hergestellt worden sind. Ist dagegen zu den Baukosten ein staatlicher oder städtischer Zuschuß geleistet worden, so behält sich der Magistrat das Mitbestimmungsrecht bei Auswahl des Mieters vor. Daß auch diese Wohnungen nur nach dem Grade der Dringlichkeit vergeben werden, und daß nur dann ein Beitrag gefordert wird, wenn Dringlichkeit vorliegt, und wenn der Mieter zur Zahlung eines Beitrages zu den Baukosten in der Lage ist, ist bereits in einer früheren Veröffentlichung in den Tageszeitungen ausführlich klargestellt worden.

Über die in vielen Städten zugelassene Herstellung von Ersatzwohnungen zur Ablösung beschlagnahmter Räume schweben zurzeit Verhandlungen, welche voraussichtlich demnächst abgeschlossen sein werden. Einzelheiten hierüber werden zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

Versammlungs-Kalender.

KPD. Stabelwitz. Freitag, den 27. Januar, abends 7½ Uhr, **Mitgliederversammlung.** Referent ist anwesend. Alles muß da sein.

Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2 Uhr, öffentliche Volksversammlung in Marschwitz beim Gastwirt Hilse. **Thema:** Wucher, Not und Elend. Referent: Genosse Maslowski.

KPD. Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 29. Januar, abends 7 Uhr, im „Goldenen Frieden", Konradsthal, **Funktionärsitzung.** Alle Funktionäre und die Genossen, die sich an der Werbewoche beteiligten, müssen bestimmt kommen.

Genossen, werbt weiter für die Zeitung und Produktivgenossenschaft!

KPD. Rothenbach: Sonntag, den 29. d. M., 2 Uhr nachm., findet bei Emmler eine Mitgliederversammlung statt. Dazu sind alle Sympathisierenden, insbesondere die Leser unserer Zeitung, eingeladen.

Die Kommunistische Kindergruppe hält ihre Zusammenkünfte jeden Dienstag und Freitag von 4 bis 6 Uhr in der Minoritenschule ab, nicht Dienstag und Mittwoch, wie irrtümlich mitgeteilt wurde.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inserate: Max Zschocher.
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Büffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

[illegible]-Theater
Täglich 7½ Uhr
Das grosse
Januar-Programm

Schauspielhaus
[illegible] Tel. R.2565
Heute und folgende [illegible] Uhr:
Die Straßensängerin.
[illegible]
Der letzte Walzer.

Anzüge,
Cutaways
gestr. Hosen
Schlüpfer
Raglans
Ulster
Paletots
Gehröcke
Fracks
Smokings
Tanzanzüge
[illegible]
Artur Schubert
[illegible]

Halt!
Wo kaufe ich meine
[illegible]
Schuh-[illegible]
[illegible]
am billigsten?
[illegible]

Wandkalender
der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
für das Jahr 1922
mit Verzeichnis aller wichtigen Ereignisse
nach der November-Revolte
auf extrastarkem Karton gedruckt (zum Aufhängen)
Preis Mk. 1.—
Zu beziehen durch den Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung", Breslau, Nikolaistraße 49/50 I.

Möbel liefert überall hin
Gen. Wenzel, Tischlermeister
Lehmwasser, Kreis Waldenburg.

Proletarier lies!
Nur durch Verbreitung des Wissens
kann die geistige Diktatur des
Kapitals gebrochen werden!
Die Kommunistische Bücherei
Breslau 5, Gräbschener Str. 48
hat ein reichhaltiges Lager aller
einschlägigen proletarischen Literatur
Bücherverzeichnisse kostenlos!

Strickwolle
[illegible]
H. Langer,
[illegible]

Altmetalle
[illegible]
Otto, [illegible]

Genossen! kauft nur bei unseren Inserenten.

Bekanntmachung.

Am 1. April 1922 werden alle Kinder schulpflichtig, die bis zum 30. September das 6. Lebensjahr vollenden. Diese Kinder sind alsbald, spätestens aber bis zum 1. März bei dem Rektor der zuständigen Volksschule anzumelden; dabei sind die Geburtsurkunde, der Taufschein und der Impfschein vorzulegen.

Ueber die religiöse Erziehung bestimmt in der Regel die freie Einigung der Eltern und nach dem Tode eines Elternteiles der andere allein; über die religiöse Erziehung unehelicher Kinder entscheidet die Mutter.

In Zweifelsfällen erteilt das Büro IVa, Gartenstraße 3, Gartenhaus, 3 Treppen, Zimmer 35, Auskunft. Die Erklärungen über die religiöse Erziehung sind beim Rektor der zuständigen Schule oder im Büro IVa abzugeben.

Kinder, die noch nicht schulfähig sind, kann die Schuldeputation auf ein Jahr zurückstellen; dem Antrag ist ein ärztliches Zeugnis beizufügen. Für solche Kinder sind die Schulkindergärten eingerichtet, die sich Georgenstraße Nr. 18, Gräbschener Straße Nr. 96, Rebenstraße Nr. 6 und Berliner Straße Nr. 65 befinden. Anmeldungen nehmen die Leiterinnen der Schulkindergärten sowie das Magistratsbüro IV, Gartenstraße Nr. 3, II., Zimmer 9a entgegen.

Taubstumme und blinde Kinder, die bis zum 31. März 1922 das 4. Lebensjahr vollendet haben und nicht in einer Anstalt untergebracht sind, sind in dem Magistratsbüro IV, Zimmer 6, anzumelden.

Breslau, 20. Januar 1922.

Die Schuldeputation.